

Irre viel sparen - zwischen Wahn und Sinn

Wahn ist, auf Kosten psychisch kranker Menschen und Suchtkranker ein Versorgungssystem zu zerstören, das mit jahrelangem Engagement von Psychiatrieträgern, Senatsverwaltung, Bezirken und Krankenkassen kostengünstig und effektiv aufgebaut wurde.

Sinn ist, das fundierte Berliner Psychiatrie-Entwicklungsprogramm (PEP) fortzuschreiben, weil es Sparsamkeit und Qualität der Versorgung optimal verbindet.

Ein Leben so normal wie möglich: 2000 chronisch psychisch beeinträchtigte Menschen und Suchtkranke konnten seit 1996 nach jahre- und jahrzehntelangem Aufenthalt in Kliniken in ihre Heimatbezirke entlassen werden. Viele von ihnen sind heute sogar berufstätig in Arbeits- und Beschäftigungsprojekten. Möglich geworden ist dies, weil über 2000 Plätze in betreuten Wohnformen geschaffen und Tagesstätten, Kontakt- und Beratungsstellen, ein Krisendienst und viele Beschäftigungsangebote aufgebaut wurden. In diesen Einrichtungen werden über die 2000 enthospitalisierte Menschen hinaus weitere mehr als 3000 psychisch Kranke betreut.

Mit PEP umgesetzt: Nach einem sorgsam erarbeiteten Psychiatrie-Entwicklungsprogramm (PEP) wurden Standards der Versorgung mit Platzzahlen und Personalschlüssel pro Bezirk festgelegt. Seit sechs Jahren wird das PEP unter der Leitung bezirklicher Psychiatriekoordinatoren erfolgreich umgesetzt. Um das Versorgungssystem zu erhalten, wurden die entsprechenden Gelder in den bezirklichen Haushalten abgesichert durch Einstellung im sogenannten Z-Teil, der die Pflichtversorgung enthält.

Enthospitalisierung war und ist vorausschauende Sparpolitik! Nach damaligen Berechnungen kostete die Versorgung eines Psychiatriepatienten in der Klinik durchschnittlich 128.500 Mark, in der ambulanten Versorgung hingegen rund 70.000 Mark pro Jahr. Etliche Zehntausend Mark pro Jahr weniger geben die Kostenträger für jeden der 2000 Psychiatriepatienten aus, dessen Platz in der Klinik seither abgebaut wurde. Zudem verursachen die ambulanten psychiatrischen Versorger keine unkontrollierten Kostensteigerungen, sondern richten sich nach den Vorgaben der Landesplanung. Bei Kürzung oder Schließung von Projekten droht die Rückzahlung von Geldern aus Förderprogrammen der Krankenkassen und der EU.

All dies ist nun durch Kürzungen in obrigkeitsstaatlicher Manier gefährdet! Psychiatrieprojekte fordern einen Dialog zur Sicherung der gemeindenahen Versorgung: Ein Zusammenbruch der gemeindepsychiatrischen Steuerungsinstrumente würde sich als die kostspieligste Variante erweisen. Qualitätsstandards und Preise der psychiatrischen Versorgung sind bisher in einem partnerschaftlich geprägten Verfahren im Dialog mit allen Beteiligten ausgehandelt worden. Dies erwarten wir auch und gerade in der gegenwärtigen schweren Krise des Berliner Haushalts.

Diese Anzeige beruht auf einer Initiative der Fachgruppe Psychiatrie im PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband Berlin mit 60 Trägerorganisationen.

V.i.s.d.P. Frau Elfi Witten - Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband, LV. Berlin

Die Anzeige wurde am 16.3.2002 im Tagesspiegel veröffentlicht.